

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

spd/III/65

Hannover, 2.6.1948.

Flüchtlinge, Arbeiter und Währungsreform

Die vielfachen Diskussionen über die Währungsreform, die den einen als allesverschlingendes Ungeheuer, den anderen als ein Glückseligkeit verheißender Stein der Weisen erscheint, haben im Laufe der Zeit - je mehr wir uns dem Termin der Durchführung nähern - den Charakter von Verwirrungsmanövern angenommen. Die allgemeine Tendenz "Wenn sie nur erst da wäre" zeigt den tollkühnen Mut von Leuten, die bereit sind, sich mit geschlossenen Augen in einen Abgrund zu stürzen, in der Hoffnung, daß wohlmeinende Geister, über deren tatsächliche Existenz man sich noch nicht im klaren ist, das rettende Sprungtuch bereithalten. Bei dieser Mentalität kann sehr leicht übersehen werden, daß - gewollt oder ungewollt, bleibe dahingestellt - die Gefahr besteht, das Übermaß der Lasten wieder auf bestimmte Schultern abzuwälzen. Der Lastenausgleich, der mit der Währungsreform Hand in Hand gehen soll, erscheint schon heute unzulänglich, wenn er nicht den Gesetzen absoluter sozialer Gerechtigkeit unterworfen ist.

Schon jetzt sind Handarbeiter, Flüchtlinge und Pensionäre größtenteils nicht in der Lage, selbst die ihnen zustehenden - wirklich dürftigen - Lebensmittelrungen in vollem Umfange auszunutzen. Die Geldscheine, die so verführerisch in den Taschen der Schwarzhändler und Kompensatoren rascheln, sind bei ihnen nicht mehr zu finden. Die Tenierung der letzten Wochen und Monate gefährdet die Währungsreform, noch ehe sie Tatsache geworden ist. Der Hilfsarbeiter z.B., der 150 Mark im Monat verdient, kann sich weder den fleischersetzenden Fisch, noch die leckeren Rosinen "bis auf die letzte Karte" leisten. Diese beiden Artikel, die sich Arbeiter und Flüchtlinge "absparen", wandern dann zu zahlungskräftigeren Schichten oder auf den Schwarzen Markt.

Ausdruck der allgemeinen Einstellung weiterer Bevölkerungskreise war die SPD-Erklärung auf der Plenarsitzung des Frankfurter Wirtschaftsrates, daß die SPD in diesem Augenblick Preiserhöhungen nicht zustimmen könne; da nach der Währungsreform alle Grundlagen von Preisen und Löhnen neu überprüft werden müßten.

Es ist zu befürchten, daß sich die soziale Krise nach der Währungsreform noch verschärfen wird. Das deutsche Volk ist jetzt schon in zwei große Gruppen aufgespalten; die "Überführten" (nicht die "Unberührbaren") und die "Parias". Die Überführten haben verstanden, das Schifflein ihres Besitzes und ihrer Erwerbsmöglichkeiten durch die Klippen der Zeitströmungen hindurchzusteuern, die Parias dagegen - sei es als Lohn- und Gehaltsempfänger, als Flüchtlinge, Ausgebombte und Pensionäre - haben durch die Verhältnisse ihre Lebensbasis verloren und segeln mit einem lecken Boot in die neue Welt der Währungsreform. Ihnen stand nicht die Möglichkeit zur Seite, durch Kompensation, Hortung von Überbesitz und Schwarzem Markt sich der wirtschaftlichen und sozialen Unordnung gewachsen zu zeigen. Die Lastenverteilung ist für eine riesige Bevölkerungsgruppe - eben diese Enterbten - bereits in der rigorosesten Form vorweggenommen und jede Reform, die Geld gleich Geld, Verdienst gleich Verdienst, Mensch gleich Mensch setzt, wird diese unsoziale Basis nicht beseitigen können.

Normalverbraucher, Schwer- und Schwerstarbeiter sind allesamt Anormalverbraucher, die tatsächlichen Zusatzkarteninhaber sind nicht die, deren auf dem Papier stehen haben, sondern die, die sich durch dieses soziale Chaos hindurchzuschuggeln verstanden und die zwar mit angeschlagener, aber doch nicht völlig zerstörter wirtschaftlicher Grundlage in das neue Zauberschloß "Währungsreform" einziehen können.

Wenn nach der Währungsreform - wie angekündigt - eine starke Arbeitslosigkeit zu befürchten ist, dann bedeutet das, daß die noch Arbeitenden mit ihrem minimalen Erlös aus ihrer Arbeit noch für die zum Fortern Gezwungenen "mitverdienen" müssen, d.h. also, daß die Existenzgrundlage noch brüchiger wird. Darüber hilft kein Lastenausgleich hinweg. Werden durch die Währungsreform nicht alle diese sozialen und strukturellen Probleme mit angefaßt, dann dürfte durch diese Reform nicht nur die Verarmung und Verelendung Deutschlands aufgezeigt werden, sondern darüber hinaus auch die soziale Kluft zwischen den deutschen Menschen unüberbrückbar werden. js

Deutschlands Anteil am Wiederaufbau Frankreichs

Von Alfred Frisch, Paris

Die deutschen Kriegsgefangenen haben einen wesentlichen Beitrag zum französischen Wiederaufbau geleistet. Diese Erkenntnis gewinnt in Frankreich - bewusst oder unbewußt - gerade jetzt, da die letzten Deutschen aus den Lagern entlassen werden sollen, an Boden. Deutsche Gefangene förderten bis zu 25 Prozent der gesamten Kohlenherzeugung, und ihr Einsatz ermöglichte die Überwindung des dringendsten Arbeitsmangels in der Landwirtschaft. Augenblicklich dürften noch etwa 100.000 Kriegsgefangene in Frankreich sein, davon rund 60.000 in der Landwirtschaft und 20.000 in den Bergwerken. Bis Ende des Jahres sollen bekanntlich alle Deutschen in die Heimat zurückgeschickt werden,

soweit sie sich nicht entschlossen haben, vorläufig als freie Arbeiter in Frankreich zu bleiben. Die Entlassung der bei den Bauern Beschäftigten dürfte kaum vor Beendigung der Erntearbeiten, d.h. Ende September, beginnen.

Etwa 120.000 ehemalige Kriegsgefangene haben sich als freie Arbeiter niedergelassen. Davon haben 66.140 in der Landwirtschaft, 20.000 in Bergwerken, 10.500 im Bauhandwerk, 10.744 in der Metallindustrie und rund 14.000 in anderen Wirtschaftszweigen Beschäftigung gefunden. Die Arbeitsverträge sind auf die Dauer eines Jahres abgeschlossen, mit der Möglichkeit für die Bauern, sie bei Eintritt des Winters vor Ablauf zu kündigen. Es besteht der Wunsch, einen Großteil dieser Arbeiter dauernd im Lande zu behalten. Besonders die Landwirtschaft sieht keine Möglichkeit, im kommenden Jahr rund 125000 Deutsche durch anderweitige Arbeitskräfte zu ersetzen. Sie ist an der Einwanderung weiterer ausländischer Fachkräfte interessiert. Es fehlt nicht an Versuchen, die deutschen Arbeiter zum Verbleib in Frankreich zu bewegen. Es wird ihnen nahe gelegt, ihre Familien kommen zu lassen, was in den Städten meistens an der Wohnungsnot scheitert, man stellt ihnen ferner den baldigen Erwerb der französischen Staatsbürgerschaft in Aussicht. Das kulturelle Leben dieser Deutschen ist schwach. Sie haben keinerlei Verbindung mit deutschen Stellen, sie haben nicht einmal die Möglichkeit, deutsche Zeitungen zu lesen und unterrichten sich meist in der Schweizer Presse. Das französische Arbeitsministerium gibt ein Wochenblatt in deutscher Sprache heraus, doch stand dieses bis zu Beginn 1948 stark unter kommunistischem Einfluß. Das Blatt wurde inzwischen wesentlich verbessert. In den Industriebezirken bemühen sich meistens die kommunistischen Gewerkschaften um die Gunst der deutschen Arbeiter, und oft mit Erfolg. Diese einseitige Beeinflussung ist bedauerlich und eine Folge der Ausschaltung der deutschen Gewerkschaften von der berufsmäßigen Betreuung der deutschen Arbeiter in Frankreich.

Frankreich bemüht sich seit Monaten um die Anwerbung weiterer Arbeitskräfte in Deutschland. Über den Umfang dieser Einwanderung wurden bisher noch keine genauen Angaben gemacht. Die tatsächlichen Ergebnisse in der Bizone scheinen jedoch bescheiden zu sein. Die meisten Deutschen dürften aus der französischen Zone direkt oder indirekt gekommen sein.

Die augenblicklich drohende Arbeitslosigkeit, verbunden mit der Wohnungsnot, hat zu der Frage geführt, ob eine weitere Einwanderung noch erwünscht ist. Zweifellos benötigt Frankreich nach wie vor Landarbeiter, Bauhandwerker und außerdem gelernte industrielle Fachkräfte, besonders für die Maschinenindustrie und die Gießereien sowie Mechaniker für Reparaturwerkstätten auf dem Lande. Die Einwanderung deutscher Arbeitskräfte nach Frankreich kann weitgehend zu einer Verständigung zwischen den beiden Völkern beitragen. Voraussetzung hierfür wäre aber eine Beteiligung deutscher Behörden, denen man vor allem die Entscheidung darüber anheimstellen muß, ob ein weiterer Abzug von Fachkräften dem eigenen Aufbau zuträglich ist.

Der Londoner Ministerwechsel

(Von unserem GI-England-Mitarbeiter)

Die Hintergründe der unerwarteten Regierungskrise in England sind ebensowenig klar wie die ersten Meldungen über die Stellung des wieder in die Regierung eingetretenen früheren Finanzministers Hugh Dalton.

Da der Ministerwechsel erfolgte, als die Londoner Deutschlandkonferenz in ihr letztes Stadium getreten war, liegt die Vermutung nahe, daß Lord Pakenhams Rücktritt von Kontrollant für Deutschland und Österreich durch die unbefriedigende Entwicklung der Londoner Verhandlungen und durch dort erfolgte Zugeständnisse an französische Bedenken und Forderungen bedingt war. Aber man darf nicht übersehen, daß die Stellung des britischen Deutschlandministers, auch abgesehen von aktuellen Schwierigkeiten, nie beneidenswert war. Pakenham hat, wie sein Vorgänger Hynd, dem engeren Kabinett nicht angehört; sein Posten war der eines "junior minister" und dem des Außenministers wie des Kriegministers untergeordnet, was ihn und sein Ministerium notwendigerweise in unerfreuliche und enttäuschende Situationen bringen mußte, da die eigentlichen Entscheidungen über Deutschland auf internationalen Niveau und oft von militärischen Gesichtspunkten aus gefällt wurden.

Wenn Außenminister Bevin jetzt, wie es heißt, das Kontrollant für Deutschland selbst übernehmen will, so wäre damit die logische Folgerung aus den Unzuträglichkeiten der bisherigen Situation gezogen. Es könnte auch eine Anerkennung der Stellung bedeuten, die dem Westen Deutschlands im künftigen politischen Gefüge Westeuropas zukommen wird. Freilich wird die Frage gestellt, ob die Übernahme des Deutschland-Amtes nicht eine Überlastung des Außenministers darstellen wird, und da Dalton nominell das altertümliche Amt des "Kanzlers von Lancashire" annimmt, das Hynd und Pakenham vor ihm innehatten, lag die Vermutung nahe, daß Dalton sich auch der Deutschland-Angelegenheiten im britischen Kabinett annehmen sollte.

Diese Vermutung ist nicht bestätigt worden. Dalton wird im Unterschied zu Pakenham dem engeren Kabinett angehören, also eine dem Außenminister gleichwertige Stellung haben, aber über seinen Aufgabenkreis herrscht noch Unklarheit. Man erinnert sich, daß er bei der Bildung der Labour-Regierung im Sommer 1945 zunächst als Außenminister in Aussicht genommen war, aber dann von Attlee zum Finanzminister ernannt wurde. Er ist auch in den Monaten, die er außerhalb der Regierung verbringen mußte, vorwiegend mit Äußerungen über wirtschaftliche und finanzpolitische Probleme hervorgetreten, zuletzt auch auf dem Parteitag von Scarborough. Die Meinung ist weitverbreitet, daß er in vielen Fragen anderer Ansicht ist als der jetzige Wirtschafts- und Finanzminister Sir Stafford Cripps. Daltons Wiedereintritt in die Regierung könnte also mehr innen- als außenpolitische Bedeutung haben, obwohl Daltons Auftreten bei der Pariser Sozialistenkonferenz im April zeigte, daß er sein Interesse an außenpolitischen Fragen

2. Juni 1948

keineswegs verloren hat. Seine Stellungnahme in Paris hat, wie manche seiner früheren Äusserungen, erkennen lassen, dass er viel Verständnis für das französische Misstrauen gegen eine politische Zentralisierung und wirtschaftliche Stärkung Deutschlands hat.

Lord Pakenham wird als Minister für das zivile Flugwesen wieder ein schwieriges Amt antreten. Seit langem sind das Verlustgeschäft der grossen, staatlich subventionierten englischen Fluglinien und ihre Methoden bei der Bestellung neuer Flugzeugtypen Gegenstand heftiger öffentlicher Kritik, einer Kritik, die wohl auch der Grund für den Rücktritt Lord Nathons gewesen ist.

Lippmann gegen Westregierung

sp. Gegen die sofortige Bildung eines westdeutschen Staates mit Frankfurt als Hauptstadt wendet sich Walter Lippmann in einem Leitartikel der "New York Herald Tribune", da die wirtschaftlichen Vorteile, die vielleicht dadurch erzielt werden, gering und theoretisch seien im Vergleich zu den Spaltungen und Unruhen, die sicherlich innerhalb Deutschlands und ganz Europas hervorgerufen würden. Die Truman-Regierung sei nicht imstande, mit den daraus resultierenden Folgen fertig zu werden und sei dafür auch gar nicht vorbereitet. Sie habe auch kein moralisches Recht, in einem Wahljahr eine solch schwere Verpflichtung zu übernehmen und die kommende republikanische Regierung, die wahrscheinlich eine andere Haltung einnehmen dürfte, vor eine vollendete Tatsache zu stellen. "Eine deutsche Regierung in Frankfurt zu errichten", so argumentiert Lippmann, "bedeutet nur, die Russen zur Bildung einer anderen deutschen Regierung in Berlin einzuladen. Wer immer aber als erster eine deutsche Regierung bildet, wird für die Teilung Deutschlands verantwortlich gemacht werden, und wer warten kann, wird der Meister der deutschen Einheit".

Die geplanten allgemeinen Wahlen für eine deutsche Nationalversammlung, die noch in diesem Jahr stattfinden sollen, bezeichnet Lippmann als Höhepunkt politischer Unklugheit. Sie würden nur eine erschwertere Neuaufgabe der italienischen Wahlen werden und ein unanständiger und immer heftigerer Kampf der Sieger um die Gunst der deutschen Kommunisten. Sie würden die Leidenschaften in Deutschland entflammen und in ganz Europa eine gespannte Lage schaffen, die mit Vertrauen und wirtschaftlicher Erholung unvereinbar ist. Die amerikanischen Vertreter, die die führende Rolle bei den Verhandlungen über Deutschland spielen, seien bewundernswerte Leute: "Wir haben keine besseren Leute wie Botschafter Douglas und General Clay. Aber beide haben nur eine junge und kurze Erfahrung mit Europa und Deutschland und sollten es sich deshalb lange überlegen, bevor sie zu der Ansicht gelangen, daß sie diese kritischen europäischen Probleme besser verstehen als die Europäer selbst".

(Eigenbericht) Frankfurt, 2.6.

Der Beschluß des Hauptausschusses im Frankfurter Wirtschaftsrat zur Falle Reusch im Sinne der Auffassung der SPD-Fraktion ist eine begrüßenswerte Tatsache, wenn die Form, in der die Zustimmung erfolgte, auch etwas deutlicher hätte sein können. Die Entscheidung beruht darauf, daß die Arbeiterschaft in Dr. Reusch einen ausgesprochenen Vertreter der alten Konzernherren sieht und daß man ihr ein Einverständnis mit der Betrauung dieses Mannes in so wichtiger Funktion nicht zumuten kann. Wer die verhängnisvolle Rolle kennt, die Männer von Schlage Reuschs in der deutschen Politik gespielt haben, wird in seiner entschlossenen Ablehnung durch die deutsche Arbeiterschaft einen neuen starken Beweis für ihren Friedens- und Verständigungswillen erblicken. Sie zeigt, daß die Männer, die Eisen und Stahl erzeugen, den Konzernherren nicht noch einmal Gelegenheit zum Mißbrauch ihrer privaten Wirtschaftsmacht zum Schaden Deutschlands und seiner Nachbarn geben wollen. Mit der Entscheidung des Hauptausschusses ist festgestellt, daß Herr Reusch von deutscher Seite keine ausreichende politische Legitimation besitzt. Daran geniert auch die Tatsache nichts, daß 15 Unternehmerverbände in einem laugen Telegramm an den Direktor des Wirtschaftsrates Herrn Reusch ihr Vertrauen ausgesprochen und ihn aufgefordert haben, an seinem Platz zu bleiben. Mit dem Beschluß des Hauptausschusses ist erreicht worden, was der SPD-Antrag auf Einberufung des Plenums bezweckte, so daß sich eine Sondersitzung erübrigt.

Tschechisches Rumpfparlament in London?

sp. In London haben sich z. Z. emigrierte tschechische Abgeordnete verschiedener Parteien zusammengefunden mit dem Plan, eine Art Rumpfparlament im Exil zu bilden. Vertreten sind vor allem die nationalen Sozialisten, d. h. die Benesch-Partei, die Sozialdemokraten, die Volkspartei und die slowakischen Demokraten. Die Tagung dieser tschechischen Parlamentarier wirft, nach einem Bericht der "Neuen Zürcher Zeitung" aus London, auch die Frage ihres Verhältnisses zu der Gruppe sudetendeutscher Politiker auf, die gleichfalls ihr Domizil in London haben. Von Seiten der sudetendeutschen Sozialdemokraten liegt bereits eine Erklärung Wenzel Jakšcs vor, daß zwar jede Belastung des tschechischen Volkes mit einer kollektiven Schuld abzulehnen sei, daß die Sudetendeutschen aber Gerechtigkeit, wenn auch nicht Rache verlangen. Man könne nicht die kommunistische Politik ablehnen und gleichzeitig Raub und Diebstahl sanktionieren. Der ehemalige Karlsbader Abgeordnete De Witte warnte ebenfalls eindringlich davor, den von den kommunistischen Politikern eingeschlagenen Weg den ganzen tschechischen Volke zur Last zu legen, forderte aber Gerechtigkeit für seine Landsleute und die Wiedergutmachung des ihnen angetanen Unrechtes. Von einer Zusammenarbeit der tschechischen und sudetendeutschen Emigranten ist, wenn sich auch beide in der Gegnerschaft gegen das heutige Regime in Prag einig sind, vorläufig keine Rede.

Verantwortlich: Peter Braunau.